

# Das „dritte Geschlecht“

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts betrifft nicht wenige Menschen

**Mit dem Beschluss zum „dritten Geschlecht“ veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht eine wegweisende Entscheidung zum Schutz vor Diskriminierung wegen der sexuellen Identität bzw. Orientierung und zum Persönlichkeitsschutz von Menschen, die sich nicht eindeutig einem Geschlecht zuordnen lassen. Sie betrifft mit Sicherheit auch nicht wenige Menschen in Thüringen.**

Fachleute gehen von einer hohen Dunkelziffer aus. Denn die betroffenen Personen sind im Alltag immer noch Diskriminierung und Benachteiligungen ausgesetzt. Seriöse Schätzungen gehen von weit über 100.000 Betroffenen in Deutschland aus. Bisher mussten sich viele Intersexuelle Operationen und Behandlungen mit Hormonen unterziehen. Eltern, Mediziner und Behörden ordneten sie einem der beiden Geschlechter „weiblich“ oder „männlich“ zu, weil z.B. das Geburtenregister keine weitere Möglichkeit der Eintragung kannte.

Eine intersexuelle Person, die Geschlechtsmerkmale beider Geschlechter aufweist und sich deshalb selbst als „ErSie“ bezeichnet, hatte geklagt. Bis zum Bundesgerichtshof war kein Erfolg beschieden. Nun hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit der Veröffentlichung am 8. November festgestellt: Es ist verfassungswidrig, wenn es im Personenstandsrecht nur zwei „Kategorien“ für das Geschlecht gibt. Diese Regelungen dürfen von Verwaltungsbehörden und Gerichten ab so-

fort nicht mehr angewendet werden. „Dies ist ein wichtiger Fortschritt in Sachen Gleichstellung und Gender. Auch in Thüringen erfahren dadurch zahlreiche Menschen endlich den gebotenen Respekt vor ihrer Person und ihrem Recht auf Schutz der Persönlichkeit“, sagte Karola Stange gleichstellungspolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion und Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses im Landtag. Das BVerfG hat aus dem Grundgesetz (GG) – Menschenwürdegarantie, Grundrecht auf Persönlichkeitsschutz, Gleichheitsgrundsatz – das Grundrecht auf sexuelle Identität abgeleitet.

## Diskriminierungsverbot ergänzen

„Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich die rot-rot-grüne Landesregierung mit der Rückendeckung des BVerfG noch einmal im Bundesrat stark macht für eine ausdrückliche Ergänzung des Artikels 3 GG um ein Diskriminierungsverbot bezogen auf die sexuelle Identität“, so Karola Stange. Damit sei auch eine langjährige Forderung der LINKEN verwirklicht. Die Gleichstellungspolitikerin sieht die Gerichtsentscheidung auch als deutliche Kritik am „konservativen Mainstream“ der Gesetzgebung im Bundestag und an der Verwaltungspraxis von Behörden.

Die zuständigen Thüringer Ministerien als oberste Aufsichtsbehörden sollten sicherstellen, dass Betroffene in Thüringen ab sofort bei Behörden und bei Gerichten ein drittes Geschlecht angeben können. Zwar ist im Gerichtsbeschluss davon die Rede,

dass laufende Verfahren ausgesetzt werden müssen, bis der Bundesgesetzgeber die Neuregelung gemacht hat – die Frist dazu ist ein Jahr –, aber es dürften in dieser Zeit auch neue Fälle entstehen. So stellt sich die Frage, ob es Betroffenen zumutbar bzw. praktikabel ist, sie in eine solch lange „Warteschleife“ zu schicken. Das Gericht lässt dem Gesetzgeber auch die eher theoretische Möglichkeit, ganz auf Geschlechtsangaben zu verzichten. Betroffene, Fachleute, gesellschaftspolitische Akteure fordern schon lange die offizielle Einführung einer „dritten Option“ eines „dritten Geschlechts“.

Der Beschluss des BVerfG bezieht sich auf die Situation einer intersexuellen Person. „Das Personenstandsrecht verlangt einen Geschlechtseintrag, ermöglicht jedoch der beschwerdeführenden Person, die sich selbst dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnet, keinen Eintrag, der ihrer Geschlechtsidentität entspräche. Auch durch die Wahl der gesetzlichen Variante „fehlende Angabe“ würde nicht abgebildet, dass die beschwerdeführende Person sich nicht als geschlechtslos begreift und nach eigenem Empfinden ein Geschlecht jenseits von männlich oder weiblich hat“, so das Gericht.

## In den Gleichstellungsausschuss

Aus diesen Zeilen wird deutlich, dass die Entscheidung auch andere Personengruppen betrifft, die sich nicht auf die bisherigen zwei Geschlechterkategorien festlegen lassen wollen und für die damit ebenfalls das Recht auf ein drittes Geschlecht im Raum steht. Das BVerfG rückt eine wichtige gesellschaftspolitische Debatte in den öffentlichen Fokus: Geschlecht auch als gesellschaftliche Konstruktion. Karola Stange setzt sich u.a. mit Verweis auf das Diskriminierungsverbot wegen der sexuellen Orientierung in der Thüringer Verfassung nun in der Koalition dafür ein, Inhalte und notwendige praktische Schlussfolgerungen aus der Gerichtsentscheidung für Thüringen ausführlich im Gleichstellungsausschuss zu beraten.

Sandra Steck

## Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

## Es gibt Wichtigeres

Ach so? „Es gibt Wichtigeres zu tun, als sich als Pionier von Antikorruptionsgesetzen profilieren zu wollen.“ Der CDU-Abgeordnete Manfred Scherer, der dies in der Landtagdebatte zum Ministergesetz, das die rot-rot-grüne Landesregierung jetzt eingebracht hat, kund tat (siehe Protokoll Seite 9), muss es wissen.

Der Jurist war als Richter am Oberlandesgericht Zweibrücken 1990 nach Erfurt gewechselt, dort Richter am Bezirksgericht und bald Präsident des Landgerichts sowie auch ab 1996 Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Dann begann seine Karriere in den verschiedenen Landesregierungen: 1999 Staatssekretär im Justizministerium, 2001 Staatssekretär im Innenministerium, 2004 Staatssekretär im Justizministerium. Nach einer Zwischenzeit von 2006 bis 2008 als Präsident des Thüringer Rechnungshofs war er 2008 und 2009 Innenminister in der CDU-Landesregierung. Seit 2010 ist er Mitglied des Landtags und gehört der CDU-Fraktion an.

Ja, Herr Berufspolitiker Scherer. Je nach Betrachtungsweise gibt es vielleicht Wichtigeres zu tun, als eine Karenzzeitregelung einzuführen. Aber wenn Politik glaubwürdig sein, bleiben bzw. es wieder werden will, muss sie sich auch um solche Gesetze kümmern.

Der Bundestag hat dies 2015 getan, wenngleich mit Lücken. LobbyControl, Initiative für Transparenz und Demokratie e.V., kritisiert die lasche Ausgestaltung des Gesetzes und fordert Nachbesserungen und eine längere Dauer der „Abkühlphase“. Ebenso wird auch noch am Thüringer Ministergesetz gearbeitet werden müssen. Denn „nur eine verpflichtende und umfassende Regulierung kann die Verfestigung und Vertiefung der privilegierten Position von ökonomisch potenten Interessengruppen und Unternehmen bremsen“.

<https://lobbypedia.de>

## Kontinuitäten des rechten Terrors

„Sechs Jahre nach dem NSU - Der neue Terror von Rechts“, so der Titel einer Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE am Freitag, den 24. November, 19 bis 21 Uhr, im Café Nerly in Erfurt, Markstraße 6.

Mit kompetenten Referentinnen und Referenten sollen anhand aktueller Beispiele die Entwicklungen im Bereich organisierter rechter Gewalt und rassistischen Terrors skizziert und politische Handlungsoptionen diskutiert werden. Denn entgegen den im Anschluss an die Enttarnung des NSU vielfach geäußerten Erwartungen und Hoffnungen ist der rechte Terror keineswegs verschwunden.

Nach der Eröffnung und Einführung durch Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus, Netzpolitik und Datenschutz der Linksfraktion, spricht die Bundestagsabgeordnete Martina Renner (LINKE) zur Frage: „Wie reagiert die Politik auf den neuen Terror von Rechts und was sind Antworten von Links“. Dr. Matthias Quent vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) hat das Thema „Individueller Rechtsterror - Der Amoklauf von München“.



Zum „Umgang der Justiz in Strafverfahren gegen organisierte rechte Strukturen am Beispiel Ballstädt und Freital“ informiert Kristin Pietrzyk, Rechtsanwältin und Nebenklagevertreterin im Ballstädt- und im Freital-Prozess. Und zu den „Kontinuitäten des rechten Terrors in der Bundesrepublik“ spricht Ulli Jentsch vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz) Berlin.

Im Anschluss ist eine Fragerunde vorgesehen und es besteht am Ende der Veranstaltung auch die Möglichkeit für Diskussionen und Einzelgespräche in lockerer Runde.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321

E-Mail: [rudolph@die-linke-thl.de](mailto:rudolph@die-linke-thl.de)

Internet: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.